

# Kirkuk, quo vadis?

## Interview mit Ali Zangana von der KP Kurdistans

### Über den Sonderstatus einer Ölstadt im Nordirak

Ali Zangana ist Parteichef der Kommunistischen Partei Kurdistans in Kirkuk sowie Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros. Er berichtet über die Ethnisierung der Politik im Irak und den Sonderstatus von Kirkuk, einer Stadt, die nach den Vertreibungen unter Saddam Hussein nun zum Musterbeispiel einer Stadt zwischen Ethnisierung und einem demokratischen Neuanfang darstellt.

Mit Ali Zangana sprachen Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger

*Die Kommunistische Partei war immer die einzige wirklich gesamtirakische Partei des Landes, die sich nicht entlang ethnischer oder religiöser Gruppen aufgespalten hat. Nun gibt es aber seit den Neunzigerjahren eine Irakische und eine Kurdische KP, die bei den Wahlen im Dezember auch auf zwei getrennten Listen kandidiert haben. Ist das nicht eine Kapitulation vor der Ethnisierung des Landes?*

Nein. Wir haben uns in den Neunzigerjahren bewusst nicht Kurdische Kommunistische Partei, sondern Kommunistische Partei Kurdistans genannt. Damit brachten wir zum Ausdruck, dass wir eine Partei für alle Bewohnerinnen und Bewohner Kurdistans sein wollen und nicht nur für Kurden. In Kurdistan leben auch Assyrer, Turkmenen und andere Minderheiten. Etliche Mitglieder dieser Minderheiten sind Mitglieder unserer Partei. Die Abtrennung von der damals klandestin im Untergrund arbeitenden Irakischen KP war nach der Schaffung der kurdischen Autonomie 1991 einfach eine organisatorische Notwendigkeit um hier in Irakisch-Kurdistan legal politisch arbeiten zu können. Sie hatte nichts mit einer Ethnisierung der Partei zu tun. Wir haben uns auch nie gespalten. Die Kommunistische Partei Kurdistans ist ja aus der Kurdistan-Sektion der irakischen KP hervorgegangen und immer eine Schwesterpartei der Irakischen Kommunistischen Partei geblieben. So sitzen zum Beispiel immer Vertreter der Kommunistischen Partei Kurdistans im Zentralkomitee der Irakischen KP. Zudem sprechen wir unsere politische Generallinie immer noch miteinander ab.

*Der Grund für die Trennung wäre nun aber nach dem Sturz des Ba'th-Regimes weggefallen. Vor allem gäbe es keinen Grund weiter getrennt zu kandidieren.*

Antwort: Es gibt im Irak zurzeit leider die Realität, dass eine gewisse Ethnisierung der Politik stattgefunden hat und Programmparteien wie die Kommunisten weniger Chancen haben als Parteien, die auf eine gemeinsame ethnische oder religiöse Identität zurückgreifen können. Schuld an dieser Entwicklung ist nicht nur das Baath-Regime, sondern vor allem auch die derzeitige Sicherheitssituation. Solange der Terror anhält, werden die Wählerinnen und Wähler eher in der eigenen ethnischen und religiösen Gruppe Rückhalt suchen als eine politische Plattform mit einem politischen Programm zu wählen. Für uns Kommunistinnen und Kommunisten macht es keinen Sinn diese Realität zu leugnen. Allein hätten wir keine Chance und wären vielleicht gerade noch im Parlament vertreten. Wenn wir uns als KP Kurdistans an der Kurdistan-Liste beteiligen und zugleich die Irakische KP im Rahmen einer breiteren säkularen Liste unter Iyad Allawi kandidiert, wie dies bei den letzten Wahlen der Fall war, sind in der gegenwärtigen Situation einfach mehr Sitze im irakischen Parlament zu holen, als wenn wir aus ideologischer Sturheit allein kandidieren würden.

*Gerade Kirkuk gilt ja als besonders sensible Region was diese Ethnisierung betrifft. Die Frage des Status der Stadt und Provinz ist eine der wichtigsten Streitfragen zwischen kurdischen und arabischen Parteien. Welche Lösungsansätze hat die Kommunistische Partei hier zu bieten?*

Die Kirkuk-Frage kann man nicht beantworten ohne zumindest einen kurzen historischen Rückgriff zu machen. Kirkuk war immer eine multiethnische Stadt, in der neben Kurden auch Turkmenen und Christen gelebt haben. Ein Problem wurde dies erst als Saddam Hussein zur Sicherung der Ölvorräte der Region die kurdische Bevölkerung massenhaft vertreiben ließ und an ihrer Stelle arme meist ungebildete Araber aus dem Süden ansiedeln ließ. Die Stadt wurde damit ihrer Seele beraubt, die gesamte intellektuelle Elite vertrieben. Nun wollen die vertriebenen Kurden, die oft jahrelang in Zelten und Flüchtlingslagern leben mussten, wieder in ihre Häuser zurück und finden dort arabische Bewohner vor, die wiederum nicht aus den Häusern ausziehen wollen. Dafür kann es nur eine humane Lösung geben, die die arabischen Siedler entsprechend finanziell entschädigt, damit sie woanders eine neue Existenz aufbauen können und den Kurden ihr Besitz rückerstattet wird.

*Sie plädieren also für eine Umsiedlung der arabischen Siedler? Können sie nicht in Kirkuk bleiben, wenn sie wollen?*

Nein, verstehen sie mich nicht falsch, wir wollen niemanden aus Kirkuk vertreiben. Das Baath-Regime hatte die Kurden vertrieben. Wir wollen dieses Verbrechen nicht durch ein anderes Verbrechen wieder rückgängig machen. Wir plädieren für eine freiwillige Rücksiedlung mit entsprechend hoher finanzieller Entschädigung. Wenn wer unbedingt in Kirkuk bleiben will, kann er sich selbstverständlich auch hier niederlassen. Wir werden niemanden vertreiben. Zugleich muss man aber die rechtmäßigen Ansprüche der kurdischen Bevölkerung auf ihre Häuser anerkennen und sie in ihre Wohnsitze zurückkehren lassen.

*Aber welchen politischen Status soll die Stadt haben? Soll Kirkuk Teil des kurdischen Autonomiegebietes werden, einen Sonderstatus bekommen oder außerhalb Kurdistans bleiben?*

Wir plädieren dafür Kirkuk in das Autonomiegebiet zu integrieren, der Stadt aber zugleich eine Selbstverwaltung innerhalb Kurdistans zuzugestehen, damit sich die anderen Minderheiten in der Stadt entsprechend politisch einbringen können und sich nicht von den Kurden überfahren fühlen.

*Also eine Autonomie innerhalb der Autonomie?*

Ja, das mag etwas kompliziert klingen, ist aber die einzige Möglichkeit sicherzustellen, dass Kurden, Turkmenen, Chaldo-Assyrer und Araber gemeinsam die Stadt verwalten können.

*Kirkuk ist ja nicht zuletzt aufgrund des dortigen Erdöls so umstritten. Wer soll über die Einnahmen der Erdölförderung entscheiden?*

Wir sind auf jeden Fall dafür, dass die irakische Ölindustrie verstaatlicht bleibt. Im Falle Kirkuks müssen aber zumindest Teile der Einnahmen für längere Zeit in die Region fließen, um den Wiederaufbau der Stadt und der umliegenden Siedlungen wieder zu ermöglichen. Kirkuk ist heute in einem katastrophalen Zustand. Selbst die wichtigste Grundversorgung mit Fließwasser und Strom funktioniert nur selten. Es fehlt an Schulen, Straßen und jeglicher anderer Infrastruktur. Dafür muss auch Geld aus den Erdöleinnahmen der Region zur Verfügung gestellt werden.

*Wir danken für das Gespräch und wünschen ihnen alles Gute für die Zukunft.*